

## **Antrag**

**der Abgeordneten Uwe Schummer, Nadine Müller (St. Wendel), Albert Rupprecht (Weiden), Michael Kretschmer, Peter Altmaier, Dr. Reinhard Brandl, Dr. Thomas Feist, Ingrid Fischbach, Dr. Thomas Gebhart, Eberhard Gienger, Anette Hübinger, Dr. Stefan Kaufmann, Axel Knoerig, Stefan Müller (Erlangen), Dr. Philipp Murmann, Tankred Schipanski, Dr. Frank Steffel, Marcus Weinberg (Hamburg), Dr. Matthias Zimmer, Volker Kauder, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Heiner Kamp, Patrick Meinhardt, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Peter Röhlinger, Sylvia Canel, Florian Bernschneider und der Fraktion der FDP**

### **Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land, aber reich an Kreativität. Menschen sind unser wichtigstes Potential. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP wurde die „Bildungsrepublik Deutschland“ als zentrales Projekt herausgestellt. Denn die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems entscheidet maßgeblich darüber, ob und inwieweit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft sowie die Zukunftschancen der nachfolgenden Generationen gegeben sind. Es ist immens wichtig, jedem jungen Menschen mit einer bestmöglichen Bildung, Ausbildung und einem bestmöglichen Studium eine Perspektive für das Leben zu eröffnen, damit er diese Chance zu seinem Wohle nutzt und gleichzeitig einen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Prosperität leisten kann. Wir werden dazu beitragen, die Weichen so zu stellen, dass die Talente und Begabungen des Individuums frühzeitig erkannt und gezielt gefördert werden – ein Leben lang.

Die berufliche Bildung spielt für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine besonders herausragende Rolle. Sie garantiert berufliche Qualifikation auf höchstem Niveau. Das Erfolgsrezept besteht in der Verankerung in der beruflichen Praxis. So gelingt es dem dualen System, Ausbildungsinhalte auf dem neusten Stand der technischen Entwicklung zu halten. Auch der Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fällt jungen Absolventinnen und Absolventen einer betrieblichen Ausbildung verhältnismäßig leicht – zumindest im Vergleich mit Ländern, in denen rein schulische Ausbildungen dominieren. Dementsprechend liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Finnland (23,5 Prozent) oder Schweden (26,9 Prozent) deutlich über dem deutschen Niveau von 10,1 Prozent (vgl. Eurostat, Dezember 2009).

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist besser, als angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erwarten war. Dementsprechend fällt auch für 2009 die

Bilanz positiv aus. Der gemeinsame Ausbildungspakt mit der Wirtschaft ist ein voller Erfolg: Die Zusagen wurden trotz schwierigster wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erfüllt – nicht zuletzt wegen des großen Engagements der ausbildenden Unternehmen, der Paktpartner und der Bundesagentur für Arbeit. Es gelang, jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Angebot für Ausbildung oder Qualifizierung zu unterbreiten. Insgesamt 72 600 neue Ausbildungsplätze wurden von Kammern und Verbänden eingeworben. 46 300 Betriebe konnten erstmalig für die Ausbildung gewonnen werden.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Zahl der zum 30. September 2009 unversorgten Bewerber gegenüber dem Vorjahr verringert. Als unversorgte Bewerber waren zu diesem Zeitpunkt noch 9 600 Bewerber gemeldet, 4 900 weniger als im Vorjahr. Durch Nachvermittlung konnte die Zahl auf 4 400 reduziert werden. Gleichzeitig stehen den noch unversorgten Jugendlichen rund 11 000 unbesetzte Plätze für Einstiegsqualifizierungen und mehrere tausend Ausbildungsplätze gegenüber. Der erfolgreiche Ausbildungspakt zwischen Politik und Wirtschaft sollte daher – qualitativ aufgewertet – verlängert werden.

Trotz der Krise spürt die Wirtschaft heute bereits einen Fachkräftemangel. Jedes Jahr gibt es einen großen Wertschöpfungsverlust aufgrund fehlender Fachkräfte. Für das Jahr 2006 bezifferte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln den daraus resultierenden Wertschöpfungsverlust auf 18,5 Mrd. Euro, für das Jahr 2008 auf 29,5 Mrd. Euro und für 2009 aufgrund der Wirtschaftskrise auf 14,4 Mrd. Euro.

Diese Problemlage verschärft sich zunehmend durch die demografische Entwicklung. Während im Jahr 2010 noch mit rund 850 000 Schulabgängern gerechnet wird, unterschreitet die prognostizierte Zahl für 2018 die Schwelle von 800 000. Bis 2020 wird die Zahl der Schulabgänger um etwa 20 Prozent gegenüber 2006 zurückgegangen sein. Bei Haupt- und Realschülern – den Hauptnachfragern nach Ausbildungsplätzen – wird der Rückgang in diesem Zeitraum voraussichtlich rund 30 Prozent betragen. Gleichzeitig steigt die Übergangsquote von der Schule auf die Hochschulen stetig. Es wird zunehmend schwierig, die Vakanzen auf dem Ausbildungsmarkt zu füllen.

Wir benötigen daher einen qualitativen Aufbruch, um das Ziel der „Bildungsrepublik Deutschland“ verwirklichen zu können. Es muss uns gelingen, alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen mitzunehmen. Kein Potential darf vergeudet werden. In diesem Zusammenhang hat sich vor allem das Brückeninstrument der Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) bewährt. Das im Rahmen des Ausbildungspaktes gestartete EQJ-Programm fördert Jugendliche durch ein sechs- bis zwölfmonatiges betriebliches Praktikum. Das Ziel ist der Übergang in die duale Berufsausbildung. Die Übergangsquote liegt mit ca. 65 Prozent weit über den Erfolgsquoten anderer öffentlich geförderter Programme. Neben Ausbildungsbetrieben führen auch solche Unternehmen Einstiegsqualifizierungen durch, die bisher keine Erfahrungen im Bereich Ausbildung hatten. Rund ein Drittel dieser Betriebe ist nach positiven Erfahrungen mit der EQJ zu Ausbildungsbetrieben geworden. Nicht zuletzt dank der EQJ ist die Zahl der Altbewerber in den vergangenen zwei Jahren um 37 Prozent zurückgegangen.

## II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

1. die von der Bundesregierung angestrebte Bildungspartnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen unter Wahrung der jeweiligen staatlichen Zuständigkeit. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich alle Akteure beteiligen;
2. , dass trotz der globalen Finanzkrise die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung 2010 einen noch nie dagewesenen Stand erreicht haben und insgesamt in dieser Legislaturperiode 12 Mrd. Euro zusätzlich in Bildung und Forschung investiert werden sollen;

3. die Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, die Schulabbrecherquote zu halbieren. Durch gemeinsame Bemühungen ist die Zahl der Schulabbrecher bereits von 70 500 im Jahr 2007 auf rund 61 000 im Jahr 2009 und damit die Quote von 10 auf 7 Prozent gesunken;
4. die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, durch frühzeitige Sprachstandstests und begleitende Sprachförderung die Integrations- und Bildungsfähigkeit zu verbessern;
5. , dass der Bund lokale Bildungsbündnisse zur Prävention und frühen individuellen Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher initiieren und unterstützen will, die dezentrale und regionale Lösungen entwickeln;
6. , dass der Bund die Mittel für die Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung um 68,7 Prozent steigert und die Berufsorientierung an Schulen künftig mit 50 Mio. Euro fördert;
7. , dass gemeinsam mit den Behindertenverbänden ein Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet wird, der die Zugehörigkeit (Inklusion) in allen Bereichen erfasst;
8. die Bemühungen der Bundesregierung, in einem europäischen Bildungsraum die duale Berufsausbildung aufzuwerten.

### III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Verzahnung der Übergänge von Schule, Übergangssystem und Ausbildung gemeinsam mit Ländern und Sozialpartnern in der Breite zu forcieren und den Ausbildungserfolg auch leistungsschwächerer junger Menschen mit individuell ausgerichteten, anschlussfähigen Unterstützungs- und Begleitmaßnahmen bis zum Ausbildungsübergang und -abschluss in der Breite zu verbessern. Dazu müssen u. a. auch Maßnahmen zur individuellen Begleitung, zur frühzeitigen Berufsorientierung und zur Bildungsberatung auf hohem Niveau weiterentwickelt werden mit dem Ziel eines gemeinsam mit Ländern und Wirtschaft getragenen flächendeckenden Netzwerks von Berufsorientierung und Bildungsberatung;
2. die Einrichtung eines Bildungskontos für jedes Kind zu fördern, um zum Bildungssparen anzuregen;
3. sich gegenüber den Ländern dafür einzusetzen, dass insbesondere an den Schulen, die traditionell den Brückenschlag zum System der beruflichen Bildung bilden, die Berufsorientierung noch stärker betont wird. Betriebserkundungen, Praktika und Bewerbertraining müssen ebenso eine Rolle spielen wie die Ausrichtung der Lehrinhalte und Themen, die die Bedeutung der Wirtschaft und Technik in den Mittelpunkt rücken. Dabei sollen bestehende Projekte und Maßnahmen besser miteinander vernetzt und zielgenauer ausgerichtet werden. Im Hinblick auf die heute schon von Fachkräftemangel betroffenen Branchen sollen Initiativen zur Stärkung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) und Projekte im MINT-Bereich vom Kindergarten bis zur Ausbildung gemeinsam mit der Wirtschaft initiiert, gefördert und vernetzt werden. Insbesondere sollen Kinder für diese Themen begeistert werden;
4. Stereotype bei Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu bekämpfen und im Rahmen der Berufsberatung gemeinsam mit den Ländern darauf hinzuwirken, dass Mädchen und junge Frauen auf Wirtschafts- und Ausbildungszweige hingewiesen werden, in denen bislang vor allem Männer tätig sind sowie junge Männer auf berufliche Tätigkeiten in Bereichen, in denen bislang vor allem Frauen tätig sind;

5. sich gegenüber den Ländern für eine hochwertige Berufsschullehreraus- und -weiterbildung einzusetzen;
6. den Ausbildungspakt mit einem zusätzlichen Schwerpunkt auf die Unterstützung von jungen Menschen mit besonderem Förderbedarf zu verlängern, aber auch die Gewinnung von Leistungsstarken für die duale Ausbildung zu befördern;
7. die Beibehaltung des Berufsprinzips zu gewährleisten. Nur durch die Schaffung breitbandiger flexibler Ausbildungsberufe kann die Berufsausbildung die Grundlage für ein erfolgreiches Berufsleben und zugleich der Startschuss für das lebenslange Lernen in der Arbeitswelt bleiben. Darüber hinaus sollen Spezialmodule die Vermittlung branchenspezifischer Kompetenzen, welche der Erweiterung des basis- und berufstypischen Kompetenzspektrums dienen, ermöglichen. Gleichzeitig sind Ausbildungsbausteine als Möglichkeit der schrittweisen Qualifikation leistungsschwächerer Jugendlicher zusammen mit den Kammern und Tarifpartnern bedarfsgerecht zu entwickeln;
8. Maßnahmen zu ergreifen, um in der beruflichen Aus- und Fortbildung der UN-Behindertenrechtskonvention mit Blick auf die Dazugehörigkeit (Inklusion) Rechnung zu tragen;
9. den Erhalt der dualen Berufsausbildung zu garantieren und den demografischen Wandel gezielt als Chance für eine duale Ausbildung, auch leistungsschwächerer Jugendlicher, durch Verzahnung von betrieblicher Ausbildungsvorbereitung und dualer Ausbildung zu nutzen. Auch in der Zukunft muss die betriebs- und damit auftragsorientierte Qualifizierung durch die Organisation der Berufsausbildung im dualen System gesichert sein, d. h. eine vernetzte Ausbildung im Verbund zwischen Betrieben und Berufsschulen sowie den überbetrieblichen Bildungszentren im Handwerk muss Bestand haben;
10. die Attraktivität der beruflichen Bildung für leistungsstarke junge Menschen durch die berufliche Aus- und Fortbildung verzahnende Zusatzqualifikationen zu verbessern und die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen und Bildungsteilbereichen zu erhöhen. In diesem Sinne ist die Verzahnung gerade auch von beruflicher Weiterbildung und Hochschulbildung zu unterstützen. Dazu gehören eine Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf das Hochschulstudium, mehr berufsbegleitende Studienangebote sowie Brückenkurse für beruflich Qualifizierte;
11. dass ausbildungsbegleitende Hilfen in ausreichendem Umfang zur Förderung und sozialen Stabilisierung auch künftig – gegebenenfalls über ein Gutscheinsystem – angeboten werden;
12. dass im Zuge der höheren Mobilität und Flexibilität von Jugendlichen Jugendwohnheime, in denen preiswerte Unterkunft und Förderung während der Ausbildung und der Blockschulzeiten ermöglicht wird, eine entsprechende Förderung erfahren. Zugleich sollte sichergestellt werden, dass auch einkommensschwache Auszubildende in die Lage versetzt werden, die unterschiedlichen Lernorte der dualen Berufsausbildung zu erreichen;
13. die Verbundausbildung auch im grenzüberschreitenden Bereich zu stärken und Betriebe, die alleine nicht ausbilden können, durch den Verbund mit anderen Unternehmen zu unterstützen;
14. die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten weiter in ihrer Arbeit zu fördern, da die überbetriebliche Ausbildung unverzichtbar ist, um Aus- und Fortbildungsinhalte zu vermitteln, die einzelbetrieblich von kleinen, oftmals spezialisierten Unternehmen nicht abgedeckt werden können;

15. die Förderung der beruflichen Weiterbildung zu intensivieren. Es sind wirksame Förderinstrumente zu entwickeln, die eine berufsbegleitende Weiterbildung in „kleinen Portionen“ ermöglichen. Die berufsbildenden Fortbildungsabschlüsse müssen aufgewertet und die Gleichwertigkeit mit akademischen und höheren beruflichen Abschlüssen muss betont werden;
  16. die Weiterbildungsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung durch die Entwicklung angemessener Förderinstrumente zu stärken. Die Verdreifachung der Bildungsprämie stellt einen ersten wesentlichen Ansatz hierfür dar;
  17. eine Initiative zur empirischen Fundierung der internationalen Berufsbildungsvergleiche zu starten, um eine wissenschaftliche Grundlage für die Bewertung der Aus- und Weiterbildungssituation in Deutschland zu erhalten;
  18. die Internationalisierung der Berufsbildung zu unterstützen, die vergleichende Berufsbildungsforschung auszubauen und den Berufsbildungsexport zu stärken.
- IV. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Tarifpartner,
1. in Zeiten der Krise eine Arbeitsplatz sichernde und Ausbildung fördernde Tarifpolitik zu betreiben. Ferner wird an die Gewerkschaften appelliert, sich an der Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes zu beteiligen und ihren eigenständigen Beitrag für eine verbesserte Berufsausbildung zu leisten;
  2. durch Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Schulen ein breit gefächertes Angebot an Praktikumsplätzen bereitzustellen;
  3. bei der Entwicklung von Berufsbildern das Ziel der Schaffung möglichst breitbandiger Ausbildungsberufe konsequent zu verfolgen und dabei Stufenausbildungen, gestreckte Prüfungen und die Zusammenführung in Berufsgruppen zu berücksichtigen;
  4. auch Absolventen in der Krise eine Berufsperspektive zu bieten.

Berlin, den 21. April 2010

**Volker Kauder, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) und Fraktion  
Birgit Homburger und Fraktion**





